



Die Bubenburg in Fügen steht für eines der dunkelsten Kapitel in der Geschichte der Tiroler Heimerziehung

MISSBRAUCHSOPFER

# Darf's ein bisschen weniger sein?

Immer mehr Opfer von körperlichem, seelischem und sexuellem Missbrauch durch kirchliche Amts- und Würdenträger äußern ihren Unmut über die sogenannte „Klasnic-Kommission“, die für die finanziellen Entschädigungen der Betroffenen zuständig ist.

**D**urch die unfassbaren Vorwürfe gegen das ehemalige Wiener Kinderheim Wilhelminenberg sind die Opfer von staatlicher und kirchlicher Heimerziehung einmal mehr in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Es ist schier unerträglich, sich die Geschichten der Betroffenen auch nur anzuhören, tiefer damit auseinandersetzen will sich verständlicherweise kaum jemand. Das spüren und wissen die Opfer selbst am besten und deshalb fühlen sich viele von ihnen unverstanden und alleine gelassen. „Mit mir hat damals niemand etwas zu tun haben wollen“, meinte einmal ein Missbrauchsopfer ECHO gegenüber und fügte resigniert an: „Warum sollte das heute anders sein?“

Derzeit steht besonders die „Unabhängige Opferschutzanwaltschaft (UOA)“ im Zentrum heftiger Kritik. Die UOA ist besser bekannt als „Klasnic-Kommission“ und ist für die Entschädigung der Opfer von Missbrauch und Gewalt in der katholischen Kirche zuständig. Bis Ende Oktober diesen Jahres haben sich

bereits weit mehr als 1000 Betroffene bei der UOA gemeldet. Wobei der Begriff „unabhängig“ schon hinterfragt werden darf, ist es doch offensichtlich, dass sämtliche Mitglieder dieser Kommission der katholischen Kirche angehören bzw. von ihr nominiert worden sind.

Aber allein die Tatsache, dass es die Kommission in dieser Form überhaupt gibt, ist für viele Betroffene ein Skandal. Denn, so das Credo, dass es der Kirche selbst überlassen bleibt, ob und in welcher Form sie die Opfer ihrer eigenen Amts- und Würdenträger entschädigt, hätte die Republik Österreich nie zulassen dürfen.

So denkt auch Erwin Aschenwald. Der 49-jährige Innsbrucker ist selbst Opfer der berühmten Bubenburg im Zillertaler Fügen und hat die Betroffenengruppe 60/80 gegründet. Er kritisiert die Klasnic-Kommission heftig: „Was sich dort abspielt, ist für einen Außenstehenden nicht mehr nachvollziehbar. Die sind alle heillos überfordert, halten sich selbst nicht an ihre eigenen Richtlinien und

ändern das Prozedere, wie sie es brauchen.“ Vor allem die Höhe der Entschädigungszahlungen wird kritisiert: „Da kriegt einer 5000 Euro und ein anderer, der das Gleiche am gleichen Ort mitgemacht hat, wird um das Drei- bis Vierfache dieses Betrages entschädigt“, sagt Aschenwald. Man könne sich bisweilen des Eindrucks nicht verwehren, Zeuge eines würdelosen Kuhhandels um Entschädigungszahlungen zu sein. Als Sprecher der Gruppe 60/80 hat er in ein paar Wochen einen Termin mit Vertretern der Klasnic-Kommission. Dabei soll vor allem die Höhe der bereits geleisteten Entschädigungszahlungen für die Missbrauchsopfer der Bubenburg nachverhandelt werden. „Waltraud Klasnic selbst hat erklärt, bei den Bubenburg-Opfern seien die Zahlungen durchwegs zu niedrig angesetzt worden, das muss jetzt nachjustiert werden“, so der streitbare Innsbrucker.

Für zu niedrig angesetzt hat auch der Kufsteiner Hans Peter Außerstorfer seine Entschädigungszahlung empfunden. Der heute

55-Jährige war in den 1960er-Jahren ebenfalls Heimzögling der Bubenburg. Das damals Erlebte hat Außerstorfer bis heute nicht vergessen und wird es auch nicht vergessen können: „Ich bin in der Bubenburg derartig geschlagen worden, dass ich oft tagelang nicht sitzen konnte. Aus nichtigen Anlässen. Aber ich bin nicht nur körperlich misshandelt worden, die ständigen verbalen Beleidigungen und Herabwürdigungen haben mir fast noch mehr zu schaffen gemacht. Ich war bei meinem Eintritt in die Bubenburg ein unschuldiges Kind von acht Jahren und wurde von Anfang an behandelt, als wäre ich ein Sträfling und Taugenichts.“

Für die Misshandlungen bekam Außerstorfer von der Opferschutzanwaltschaft 10.000 Euro Entschädigung und psychotherapeutische Therapie im Ausmaß von 30 Stunden zugesprochen. Damit gab er sich aber nicht

Akten Einsicht nehmen, das Opfer aber nicht? Hier soll wohl ein weiteres Mal der Mantel des Schweigens über die publik gewordenen Fälle gelegt werden. So werden die Opfer erneut zu Opfern gemacht. Das werden wir uns aber nicht bieten lassen, unsere Forderungen bleiben aufrecht.“

Doch die UOA bleibt davon unbeeindruckt, jede Form der Akteneinsicht wird nach wie vor kategorisch abgelehnt. Darüber hinaus wurde Ellmerer noch dahingehend belehrt, dass die Opferschutzanwaltschaft nicht nach öffentlichem Recht entscheide und ihre Leistungen freiwillig erbringe, zumal die Fälle ja bereits alle verjährt seien.

Diese Argumentation treibt auch Erwin Aschenwald auf die Palme: „Die katholische Kirche hat jahrzehntelang die Untaten ihrer Würdenträger mit sehr viel Aufwand

im Übrigen nicht zur Gänze aus katholischen Christen bestehen würde.

Eine Einschätzung, über die Michael Tfirst nur bitter lachen kann. Tfirst lebt in Wien und wurde als Kind und Jugendlicher von mehreren Klerikern sexuell missbraucht, unter den Tätern sei auch der ehemalige Kardinal Hans Hermann Groer gewesen. Tfirst beurteilt die Klasnic-Kommission mit harten Worten: „Dieser ganze Kommissionszirkus ist einfach nur eine riesige Katastrophe. In Wirklichkeit gibt Opus-Dei-Bischof Klaus Küng die Marschrichtung vor und hat auf Anweisung von Kardinal Schönborn an die Kommissionsmitglieder die Sparparole ausgegeben. Und die halten sich akribisch daran.“

Auf seiner Homepage (<http://michaeltfirst.blogspot.com>) beschreibt Tfirst ausführlich seinen Kampf mit der Klasnic-Kommission um eine angemessene finanzielle Entschädigung für das ihm zugefügte Unrecht. Und er versucht in seinem Blog zu beweisen, wie untrennbar die UOA mit dem Opus Dei verstrickt ist und dass es der Kommission nur darum gehen würde, möglichst viele Informationen von den Opfern zu erfragen: „Aber nicht um den Betroffenen zu helfen, es geht alleine darum, dem Opus Dei die Namen von klerikalen Tätern zu liefern. Und das natürlich nur, damit diese Täter weiter geschützt werden können“, so Michael Tfirst.

Wilde Verschwörungstheorien eines Enttäuschten, der die geforderte Entschädigungssumme (noch) nicht erhalten hat? Seine sehr breiten Ausführungen über die Macht des Opus Dei und dessen vielfältige wirtschaftlichen Aktivitäten lesen sich durchaus interessant und Tfirst hat offensichtlich viele Jahre dafür recherchiert.

Die Berichterstattung über die Vorgänge im Wiener Skandal-Heim Wilhelminenberg dürfte nun – spät aber doch – zu einem Umdenken der politisch Verantwortlichen führen. Denn plötzlich erten mehrere Parteien „eine die Opfer verwirrende Kommissions-Vielfalt im Land“ und fordern, dass es eine staatliche Untersuchung zu allen Misshandlungsvorwürfen in Heimen geben soll, egal ob diese staatlich, privat oder von der Kirche geführt worden sind. Das würde den Betroffenen das Gefühl vermitteln, dass es dem Staat Österreich ernst ist mit einer lückenlosen Aufklärung der unseligen Geschichte der Heimerziehung in Österreich. Gernot Zimmermann



Von Waltraud Klasnic sind Anwalt Günter Ellmerer und Hans Peter Außerstorfer enttäuscht (v.li.)

zufrieden und beauftragte seinen Kufsteiner Anwalt Günter Ellmerer mit einer Nachforderung .

Im Schreiben, das Ellmerer in weiterer Folge an die Klasnic-Kommission richtete, wird der Anwalt deutlich: Während des über 15-monatigen, unfreiwilligen Aufenthalts seines Mandanten sei dieser geradezu täglich geschlagen worden sowie steter psychischer und physischer Demütigungen und Gewalt in einer abnormalen Art und Weise ausgeliefert gewesen. Und er forderte – unter Zugrundelegung des von der Klasnic-Kommission selbst festgelegten Entschädigungskatalogs – insgesamt 25.000 Euro für seinen Mandanten. Außerdem begehrte er Akteneinsicht, für einen Anwalt die wohl normalste Sache der Welt.

Doch die katholische Kirche tickt anders, wie Ellmerer schnell feststellte. Mit knappen Worten wurde die Akteneinsicht abgelehnt. Ellmerer ist empört: „Sämtliche Mitglieder der Opferschutzanwaltschaft samt Personal und allenfalls weitere Personen können in die

vertuscht. Ich erinnere nur an die Fälle von sexuellem Missbrauch in der Bubenburg, da hat man sich vom Täter im Einvernehmen getrennt und seine perversen Taten unter den Teppich gekehrt. Sich jetzt auf Verjährung rauszureden, kann ich nur mehr als Chuzpe bezeichnen.“

Dass es massive Vertuschungen gegeben hat, räumt angesichts der Beweislage längst auch die katholische Kirche selbst ein. Auch bei der UOA herrschen darüber keine Zweifel. Der Sprecher der UOA, der ehemalige Bundesratspräsident Herwig Hösele, meint dazu: „Sicherlich hat es in den letzten Jahrzehnten schwere Verfehlungen, Versäumnisse und skandalöse Vertuschungsversuche von Verantwortlichen der katholischen Kirche gegeben.“ Und auch Hösele verweist darauf, dass die allermeisten Taten verjährt sind. Heftig betont er die Unabhängigkeit der Opferschutzanwaltschaft und verweist darauf, dass nicht die Kirche über Entschädigungszahlungen entscheidet, sondern ausschließlich die Kommission, die